Donnerstag, 23. Juli 2026, 14:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Der neue alte Feind

Eine EU-Bedrohungsanalyse bezeichnet Russland als „größte Gefahr Europas“. Neu ist das nicht — die Penetranz, mit der es behauptet wird, könnte jedoch fatale Folgen haben.

von Uwe Froschauer
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Gil Corzo)

Nach einem Bericht der Welt am Sonntag vom 11. Juli 2026 liegt den EU-Außenministern eine neue Bedrohungsanalyse des Europäischen Auswärtigen

Dienstes (EEAS) vor. Das Dokument soll die Grundlage für die künftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bilden. Das Original ist bislang nicht veröffentlicht worden. Bekannt sind lediglich die Inhalte, die aus dem internen Papier zitiert wurden. Nachfolgend werden die Kernaussagen dieser Bedrohungsanalyse aufgelistet und vom Autor kommentiert.

Die Kernaussagen der Analyse lauten:

1. Russland ist die größte Bedrohung Europas

Russland sei die „unmittelbarste, bedeutendste, direkteste und langfristigste Sicherheitsbedrohung für den europäischen Kontinent".

Kommentar:

Nicht Staaten an sich stellen die größte Gefahr für den Frieden dar, sondern politisches Handeln. Bedrohungen entstehen durch Eskalation, Konfrontation, Machtpolitik, Aufrüstung, fehlende Diplomatie und die Weigerung, die legitimen Sicherheitsinteressen anderer Staaten ernst zu nehmen.

> ***Aus meiner Sicht greift die Bedrohungsanalyse daher wesentlich zu kurz. Sie dreht in meinen Augen den Spieß um. Sie erklärt Russland zur größten Gefahr Europas, ohne die Entwicklung der europäischen Sicherheitsordnung seit dem Ende des Kalten Krieges kritisch zu beleuchten.***

Nach dem Zerfall der Sowjetunion verschwand zwar der Ost-West-Konflikt, nicht jedoch das Bedürfnis westlicher Machtpolitik nach einem strategischen Gegner. Russland wurde schrittweise wieder zum zentralen Feindbild aufgebaut. Ich führe dies unter anderem auf geopolitische Interessen insbesondere der USA, den Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes — vor dem US-Präsident Dwight D. Eisenhower bereits 1961 warnte –– sowie auf machtpolitische Motive westlicher Regierungen zurück.

Während unter früheren US-Regierungen die Konfrontation mit Russland maßgeblich von Washington vorangetrieben wurde, hat sich der Schwerpunkt seit dem Amtsantritt Donald Trumps nach Europa verlagert. Vor allem die sogenannte „Koalition der Willigen“ — Großbritannien, Frankreich und Deutschland, geführt von den Bellizisten Keir Starmer, Emmanuel Macron und Friedrich Merz — tritt für eine harte Linie gegenüber Russland ein. Unterstützt wird dieser Kurs von führenden Vertretern der Europäischen Union, insbesondere von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas.

Wer die Sicherheitslage in Europa beurteilen will, sollte deshalb nicht nur fragen, von welchem Staat eine Bedrohung ausgeht. Ebenso entscheidend ist die Frage, welche politischen Entscheidungen Spannungen abbauen und welche sie weiter verschärfen. Aus meiner Sicht liegt die größte Gefahr für die europäische Sicherheit nicht in der Existenz eines bestimmten Staates, sondern in einer insbesondere von Europa betriebenen Politik der Eskalation, die Konfrontation über Diplomatie stellt.

2. Begründung: Angriff auf die Ukraine

Als Hauptgrund wird der russische Angriff auf die Ukraine genannt. Dieser habe die europäische Sicherheitsordnung grundlegend verändert.

Kommentar:

Diese Begründung setzt den Beginn des Konflikts auf den 24. Februar 2022. Damit übernimmt sie eine Sichtweise, die den jahrelangen geopolitischen Vorlauf weitgehend ausblendet. Der Krieg begann nicht erst mit dem russischen Einmarsch, sondern ist das Ergebnis einer Eskalation, die nach meiner Auffassung spätestens mit dem Euromaidan 2014 eine neue Qualität erreichte, wie auch der Vorgänger von Trumps Schoßhündchen Mark Rutte, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, richtig bemerkte. Ich sehe in den damaligen Ereignissen einen maßgeblich von den USA unterstützten Machtwechsel, der die bis dahin russlandfreundliche Regierung durch eine westlich orientierte Führung ersetzte und die Ukraine endgültig zum geopolitischen Schauplatz zwischen Ost und West machte.

> ***Aus meiner Sicht handelt es sich bei dem heutigen Krieg nicht um einen isolierten russisch-ukrainischen Konflikt, sondern um einen Stellvertreterkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, der auf ukrainischem Boden ausgetragen wird. Die Ukraine zahlt für die Spielchen der USA den höchsten Preis. Der Westen kämpft bis zum letzten Ukrainer!***

Die eigentlichen Ursachen reichen jedoch noch weiter zurück. Im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung erklärten westliche Spitzenpolitiker, darunter US-Außenminister James Baker, gegenüber der sowjetischen Führung, die NATO werde sich „not one inch eastward“ („keinen Zentimeter nach Osten“) ausdehnen. Unabhängig davon, wie der rechtliche Charakter dieser Zusicherungen heute bewertet wird, folgte in den Jahrzehnten danach eine schrittweise NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands. Aus russischer Sicht stellte dies eine erhebliche Verschlechterung der eigenen Sicherheitslage dar. Wer den Krieg verstehen will, muss diese Entwicklung in die Analyse einbeziehen.

Niccolò Machiavelli wird der Gedanke zugeschrieben, nicht derjenige sei der eigentliche Aggressor, der den ersten Schlag führt, sondern derjenige, der die Umstände schafft, die ihn nahezu unausweichlich machten. Übertragen auf den Ukrainekrieg lautet die entscheidende Frage daher nicht nur, wer den ersten Schuss abgegeben hat, sondern auch, welche politischen Entscheidungen den Weg in diese Eskalation geebnet haben. Nach meiner Auffassung haben die NATO-Osterweiterung, die zunehmende geopolitische Konfrontation und die Missachtung russischer Sicherheitsinteressen wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen.

3. Militarisierung Russlands

Die Analyse verweist auf die zunehmende Militarisierung der russischen Gesellschaft sowie auf den Umbau der Wirtschaft zu einer Kriegswirtschaft.

Kommentar:

Auch hier werden nach meiner Auffassung Ursache und Wirkung vertauscht. Die zunehmende Militarisierung Russlands wird als Beleg einer wachsenden Bedrohung dargestellt. Kaum gefragt wird jedoch, weshalb Russland seine Streitkräfte überhaupt in diesem Umfang ausbaut.

Aus russischer Sicht hat sich das sicherheitspolitische Umfeld seit den 1990er-Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die NATO ist schrittweise bis an die russischen Grenzen herangerückt, immer mehr Staaten wurden in das westliche Militärbündnis aufgenommen, und die militärische Präsenz der NATO in Osteuropa wurde kontinuierlich verstärkt. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Russland seine Verteidigungsfähigkeit ausbaut. Wer ausschließlich die russische Aufrüstung betrachtet und die Entwicklungen auf westlicher Seite ausblendet, beschreibt nicht

einmal die halbe Wirklichkeit.

Hinzu kommt ein offensichtlicher Widerspruch.

> ***Die NATO-Staaten geben zusammengenommen für ihre Streitkräfte ein Vielfaches dessen aus, was Russland für sein Militär aufwendet. Nach Schätzungen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI, deutsch: Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung) lagen die Militärausgaben der NATO zuletzt etwa neun- bis zehnmal höher als die Russlands.***

Gleichzeitig fordert die NATO von ihren Mitgliedern inzwischen Verteidigungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Deutschland, Großbritannien, Frankreich und zahlreiche weitere europäische Staaten erhöhen massiv ihre Rüstungsproduktion und richten ihre Politik zunehmend auf militärische Stärke aus. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte bereits in seiner ersten Regierungserklärung vom 14. Mai 2025, die Bundesregierung werde der Bundeswehr „alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die sie braucht, um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden“.

Diese Aussage wirft neben der Finanzierung dieses Wahnsinns durch Sozialabbau und Neuverschuldung eine grundsätzliche Frage auf. Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege war die Bundesrepublik bewusst als Friedensstaat konzipiert worden. Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes erklärt Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Vorbereitung eines Angriffskrieges, für verfassungswidrig. Auch der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 steht im Zeichen einer Friedensordnung für das vereinte Deutschland und Europa. Vor

diesem Hintergrund erscheint es zumindest diskussionswürdig, ob das politische Ziel, Deutschland zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas auszubauen, dem Geist dieser Nachkriegsordnung entspricht.

> ***Wer militarisiert also Europa? Sicherlich nicht Russland allein — ganz im Gegenteil, der Westen treibt inzwischen die Aufrüstung in einem Ausmaß voran, das die Gefahr einer weiteren Eskalation oder gar eines Flächenbrands erheblich erhöht.***

Wenn die umfassende Aufrüstung westlicher Staaten als notwendige Vorsorge bezeichnet wird, die russische Aufrüstung jedoch ausschließlich als Beweis aggressiver Absichten gilt, entsteht ein doppelter Maßstab. Eine objektive Sicherheitsanalyse müsste beide Entwicklungen nach denselben Kriterien bewerten. Andernfalls wird nicht analysiert, sondern politisch argumentiert.

4. Ausbau strategischer Fähigkeiten

Russland baue seine Fähigkeiten in strategisch wichtigen Bereichen weiter aus, insbesondere

- Nuklearstreitkräfte,
- Raketenentwicklung,
- Weltraumtechnologie,
- militärische Hochtechnologie.

Kommentar:

Auch dieser Punkt wirkt wenig überzeugend. Dass Russland seine Fähigkeiten bei Nuklearwaffen, Raketen, Weltraumtechnologie und militärischer Hochtechnologie ausbaut, ist unbestritten. Die entscheidende Frage lautet jedoch: Welcher Staat tut das nicht?

Die Vereinigten Staaten investieren seit Jahrzehnten enorme Summen in die Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals, in Hyperschallwaffen, Raketenabwehrsysteme, künstliche Intelligenz, Cyberfähigkeiten und militärische Weltraumtechnologien. Mit der Gründung der U.S. Space Force, der Weltraumstreitkraft der Vereinigten Staaten, im Jahr 2019 wurde der Weltraum offiziell zu einer eigenständigen militärischen Operationsdomäne erklärt. Hinzu kommen milliardenschwere Programme für Satellitenkommunikation, Aufklärung, Raketenfrühwarnsysteme und Weltraumüberwachung. Unternehmen wie SpaceX stellen mit ihrem Satellitennetzwerk Starlink inzwischen Infrastruktur bereit, die im Ukrainekrieg auch militärisch genutzt wird.

Diese Entwicklung ist keineswegs neu. Bereits die Defense Planning Guidance (Leitlinien für die Verteidigungsplanung) von 1992 — häufig als Wolfowitz-Doktrin bezeichnet — formulierte das strategische Ziel der Vereinigten Staaten, das Entstehen eines gleichwertigen geopolitischen Rivalen zu verhindern. Wenige Jahre später erklärte das US-Verteidigungsministerium in „Joint Vision 2020“ die „Full Spectrum Dominance“ zum strategischen Leitbild: die Fähigkeit, auf dem Land, zur See, in der Luft, im Weltraum und im Informationsraum jederzeit militärisch überlegen zu sein. Der Anspruch auf militärische Dominanz über sämtliche Operationsräume war damit lange vor den heutigen Vorwürfen gegen Russland offizieller Bestandteil amerikanischer Sicherheitsstrategie.

> ***Auch die NATO und ihre europäischen Mitgliedstaaten investieren massiv in Hochtechnologie, Drohnensysteme, Cyberabwehr, Raketenentwicklung, künstliche Intelligenz und den Ausbau weltraumgestützter militärischer Fähigkeiten. Diese Programme werden im Westen regelmäßig als notwendige Modernisierung und legitime Vorsorge bezeichnet. Wenn Russland vergleichbare Fähigkeiten entwickelt, wird dies hingegen als Beleg aggressiver***

> ***Absichten gewertet.***

Hier zeigt sich erneut ein doppelter Maßstab. Was für die eine Seite als legitime Selbstverteidigung gilt, wird der anderen Seite als Bedrohung ausgelegt.

Eine objektive Sicherheitsanalyse müsste dieselben Maßstäbe auf alle Akteure anwenden. Entweder ist die Modernisierung strategischer Fähigkeiten grundsätzlich ein normales Verhalten großer Militärmächte oder sie ist bei allen gleichermaßen kritisch zu bewerten. Wer dieselbe Handlung bei den einen als notwendig und bei den anderen als gefährlich bezeichnet, betreibt keine neutrale Analyse, sondern eine politische Bewertung.

5. Hybride Kriegsführung

Neben militärischen Fähigkeiten werden Russland unter anderem zugeschrieben:

- Cyberangriffe,
- Sabotage kritischer Infrastruktur,
- Desinformationskampagnen,
- Einflussoperationen,
- hybride Kriegsführung gegen europäische Staaten.

Kommentar:

Auch dieser Abschnitt leidet unter einem offensichtlich doppelten Maßstab. Nahezu alle hier aufgeführten Methoden gehören heute zum Instrumentarium moderner Großmächte, nicht nur dem Russlands.

Cyberangriffe: Die Vereinigten Staaten verfügen mit dem U.S. Cyber Command über eines der leistungsfähigsten Cyberkommandos der

Welt. Auch zahlreiche NATO-Staaten investieren seit Jahren Milliarden in offensive und defensive Cyberfähigkeiten. Cyberoperationen sind heute fester Bestandteil westlicher Militär- und Sicherheitsstrategien. Russland ist auf diesem Gebiet keineswegs der einzige Akteur und auch nicht der führende.

Sabotage kritischer Infrastruktur: Sabotageakte sind seit Jahrzehnten Bestandteil geopolitischer Auseinandersetzungen. Häufig bleiben die tatsächlichen Urheber umstritten oder werden nie zweifelsfrei nachgewiesen. Gerade deshalb sollten derartige Vorwürfe mit besonderer Zurückhaltung erhoben werden. Das zeigt etwa die bis heute nicht aufgeklärte Sprengung der Nord-Stream-Pipelines, die ich den USA zuschreibe, nicht der Ukraine und schon gar nicht Russland, wie es jämmerliche Behauptungen von noch jämmerlicheren Personen versuchten.

> ***Wer Sabotage ausschließlich Russland zuschreibt, unterschlägt, dass entsprechende Methoden grundsätzlich von mehreren Staaten eingesetzt werden können.***

Desinformationskampagnen: Der Vorwurf der Desinformation ist äußerst einseitig. Propaganda begleitet Kriege seit Jahrhunderten und wird von allen Konfliktparteien eingesetzt. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele westlicher Desinformation oder zumindest gravierend irreführender Informationen. Zu den bekanntesten zählen die sogenannte Brutkastenlüge vor dem ersten Golfkrieg 1990/91 sowie die Behauptung der US-amerikanischen und der britischen Regierung, der Irak verfüge über chemische, biologische oder sogar nukleare Massenvernichtungswaffen. Diese Behauptungen dienten wesentlich der politischen Legitimation des Irakkriegs 2003 und erwiesen sich später als unbegründet. Auch der Tonkin-Zwischenfall von 1964, der den Einstieg der USA in den Vietnamkrieg rechtfertigte, war konstruiert.

Einflussoperationen: Einflussnahme auf andere Staaten gehört seit Jahrzehnten zur Außenpolitik nahezu aller Großmächte. Die Vereinigten Staaten haben weltweit Regierungen unterstützt oder bekämpft, oppositionelle Gruppen gefördert, wirtschaftlichen Druck ausgeübt und zahlreiche verdeckte Operationen durchgeführt. Russland verfolgt ebenfalls Einflussstrategien, jedoch bei Weitem nicht so massiv wie die USA. Wer nur die Aktivitäten einer Seite erwähnt, vermittelt kein vollständiges Bild.

Hybride Kriegsführung: Wirtschaftssanktionen, Cyberoperationen, Geheimdienstaktivitäten, Informationskampagnen, diplomatischer Druck und wirtschaftliche Einflussnahme sind heute Bestandteile hybrider Konfliktführung nahezu aller militärisch bedeutenden Staaten. Russland ist dabei keine Ausnahme, aber ebenso wenig der Westen. Eine objektive Bedrohungsanalyse müsste dieselben Maßstäbe auf alle Akteure anwenden. Werden identische Verhaltensweisen ausschließlich Russland angelastet, während sie beim Westen als legitime Sicherheits- oder Außenpolitik gelten, entsteht erneut der Eindruck einer politisch motivierten und nicht einer neutralen sicherheitspolitischen Bewertung.

6. Konsequenz für die EU

Aus dieser Bedrohungsbewertung leitet die EU die Notwendigkeit ab,

- ihre Verteidigungsfähigkeit weiter auszubauen,
- die Rüstungsproduktion zu erhöhen,
- die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU zu vertiefen,
- die Zusammenarbeit mit der NATO weiter auszubauen.

Kommentar:

Aus derselben Bedrohungsanalyse wird nun die Schlussfolgerung

gezogen, Europa müsse noch mehr aufrüsten, seine Rüstungsproduktion ausweiten und die Zusammenarbeit mit der NATO weiter vertiefen. Hier zeigt sich die eigentliche Stoßrichtung des Papiers: Es dient als Begründung für eine Politik der weiteren Militarisierung Europas.

Besonders nervig für mich ist in diesem Zusammenhang der Begriff „kriegstüchtig“, den Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius wieder in den politischen Sprachgebrauch eingeführt hat. Das Wort erinnert an eine Zeit, in der Europa bereits zweimal in militärische Katastrophen hineingesteuert wurde. Nomen est omen.

> ***Wer von „Kriegstüchtigkeit“ spricht, verändert das Denken einer Gesellschaft. Krieg erscheint plötzlich als etwas, auf das man sich vorbereiten müsse, und nicht mehr als etwas, das mit allen politischen Mitteln verhindert werden sollte.***

Europa braucht aus meiner Sicht keine Kriegstüchtigkeit, sondern Friedenstüchtigkeit. Nicht immer neue Waffen, sondern mehr Diplomatie. Nicht immer neue Feindbilder, sondern die Bereitschaft, die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten ernst zu nehmen. Frieden entsteht nicht durch immer größere Armeen, sondern durch Verhandlungen, gegenseitige Sicherheitsgarantien und den politischen Willen zum Ausgleich.

Hinzu kommt eine wirtschaftliche Dimension, über die kaum gesprochen wird. Nach meiner Einschätzung hat Europa seine eigene Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Energiepreise, den Wegfall günstiger russischer Öl- und Gaslieferungen, zu viel Bürokratie sowie eine verfehlte Energie- und Wirtschaftspolitik erheblich geschwächt. Gleichzeitig wird nun zunehmend von einer Ausweitung der Rüstungsproduktion und einer stärkeren Ausrichtung der Industrie auf militärische Güter gesprochen.

Doch was bedeutet eine solche Entwicklung langfristig? Wenn große Industriekonzerne wie VW oder Mercedes künftig einen wachsenden Teil ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern erzielen, entstehen neue wirtschaftliche Interessen. Wo produziert wird, braucht es Absatzmärkte. Rüstungsgüter werden jedoch nicht für Lagerhallen gebaut, sondern für Streitkräfte. Je größer die wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie wird, desto größer ist die Gefahr, dass internationale Spannungen nicht mehr nur als Sicherheitsproblem, sondern auch als wirtschaftliche Chance wahrgenommen werden.

Wollen wir wirklich eine Wirtschaft aufbauen, deren Wachstum zunehmend von Aufrüstung und bewaffneten Konflikten abhängt? Eine Friedensordnung sollte von Innovation, ziviler Wertschöpfung und internationaler Zusammenarbeit leben und nicht von der Erwartung immer neuer Krisen. Eine Entwicklung, in der wirtschaftlicher Erfolg zunehmend an die Produktion von Waffen gekoppelt wird, halte ich für zutiefst bedenklich. Eine Gesellschaft, die ihren Wohlstand auf die Vorbereitung künftiger Kriege stützt, hat aus der Geschichte nichts gelernt.

7. Die Rolle der USA

Die Vereinigten Staaten werden weiterhin als wichtigster strategischer Partner Europas bezeichnet. Nach Angaben der *Welt am Sonntag* soll der vertrauliche Teil der Analyse allerdings deutlich kritischer auf die veränderte Prioritätensetzung der US-Regierung eingehen als der öffentliche Teil.

Kommentar:

Dieser Punkt wirft eine interessante Frage auf. Einerseits bezeichnet die EU die USA weiterhin als ihren wichtigsten strategischen Partner. Andererseits soll der vertrauliche Teil der Bedrohungsanalyse nach Medienberichten kritischer auf die

veränderten außenpolitischen Prioritäten Washingtons eingehen. Das deutet darauf hin, dass die EU einerseits sicherheitspolitisch von den USA abhängig bleiben „möchte“, andererseits aber erkennt, dass sich amerikanische Interessen und europäische Interessen nicht immer decken.

Die jüngste Entwicklung bei der Unterstützung der Ukraine spricht Bände. Die Vereinigten Staaten haben angekündigt, Waffen bereitzustellen, die von europäischen NATO-Staaten finanziert und anschließend an die Ukraine geliefert werden sollen. Die militärische Unterstützung wird damit nicht beendet, sondern die finanzielle Last zunehmend auf die europäischen Steuerzahler verlagert.

> ***Aus meiner Sicht bestätigt dies, dass Europa immer stärker die Kosten eines geopolitischen Konflikts trägt, dessen strategischer Rahmen über viele Jahre maßgeblich von den Vereinigten Staaten geprägt wurde.***

Während amerikanische Rüstungsunternehmen von neuen Aufträgen profitieren, steigen in Europa die Staatsverschuldung, die Verteidigungsausgaben und der finanzielle Druck auf die öffentlichen Haushalte.

Noch grundsätzlicher stellt sich die Frage, ob Europa überhaupt eine eigenständige Sicherheits- und Außenpolitik verfolgt oder sich weiterhin überwiegend an den strategischen Interessen Washingtons orientiert. Die NATO bleibt das zentrale sicherheitspolitische Instrument des Westens, wird jedoch von den Vereinigten Staaten militärisch dominiert. Ich sehe deshalb in der NATO weniger ein Bündnis gleichberechtigter Partner als vielmehr das wichtigste geopolitische Machtinstrument der USA. Bis 1990 war die NATO ein Verteidigungsbündnis, jetzt ist sie zu einem Angriffsbündnis und imperialistischen Instrument der USA mutiert.

Sollte sich dieser Kurs fortsetzen, könnte Europa zunehmend zum Finanzier eines Konflikts werden, dessen politische und wirtschaftliche Folgen es selbst wesentlich stärker treffen als die Vereinigten Staaten. Die entscheidende Frage lautet daher: Dient die gegenwärtige Politik in erster Linie den Sicherheitsinteressen Europas — oder folgt Europa weiterhin einer Strategie, deren Prioritäten maßgeblich außerhalb Europas gesetzt werden?

Fazit:

Das Dokument beschreibt nach bisherigem Kenntnisstand ausschließlich die aktuelle Bedrohungslage. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den sicherheitspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, etwa der NATO-Osterweiterung, gescheiterten diplomatischen Initiativen oder den unterschiedlichen Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten, wird in den bislang bekannt gewordenen Passagen nicht erwähnt. Da das Originaldokument bisher nicht veröffentlicht wurde, lässt sich allerdings nicht ausschließen, dass solche Aspekte an anderer Stelle behandelt werden.

Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (https://wassersaege.com/). Seine Leidenschaft für

weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.